

Politische Forderungen der Arbeitsgemeinschaft Die Linke.queer Dessau-Roßlau

Die politischen Forderungen der Arbeitsgemeinschaft Die Linke.queer Dessau-Roßlau leiten sich aus den Lebensrealitäten queerer Menschen ab. Gleichzeitig berücksichtigen sie die gemeinsamen Erfahrungen all jener Menschen, die von Stigmatisierung, Diskriminierung, Gewalt, Kriminalisierung und psychischen Belastungen betroffen sind.

Queeres Leben ist kein Randthema. Die Bedingungen, unter denen queere Menschen leben, machen strukturelle Ungleichheiten sichtbar, die weite Teile der Gesellschaft betreffen. Eine solidarische Politik setzt daher bei diesen Lebensrealitäten an und entwickelt Antworten, die über einzelne Gruppen hinausweisen.

1. Gesundheit als politische Aufgabe

Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe und ein würdevolles Leben. Die Arbeitsgemeinschaft versteht Gesundheit ausdrücklich als körperliche, psychische und soziale Gesundheit.

Die AG fordert:

einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen,

verbindliche Fort- und Weiterbildungen zu queersensibler und diskriminierungskritischer Gesundheitsversorgung,

den Ausbau spezialisierter Angebote für trans*, inter*, nicht-binäre Personen und FLINTA*,

den Abbau institutioneller Barrieren im Gesundheitswesen,

eine klare Abkehr von Pathologisierung und Fremdbestimmung.

Psychische Gesundheit wird dabei als gleichwertig zur körperlichen Gesundheit anerkannt. Psychische Belastungen sind häufig direkte Folgen gesellschaftlicher Verhältnisse und dürfen nicht individualisiert werden.

2. Psychische Gesundheit & psychosoziale Versorgung

Die Arbeitsgemeinschaft fordert eine grundlegende Stärkung der psychosozialen Versorgung.

Viele Menschen – insbesondere queere Menschen, trans Personen und FLINTA* – erleben:

chronischen Stress, Angstzustände, Depressionen, Traumafolgen, Erschöpfung, als direkte Folge von Diskriminierung, Gewalt, sozialer Unsicherheit und psychischer Gewalt.

Die AG fordert:

flächendeckende, niedrigschwellige und kostenfreie psychosoziale Beratungsangebote,

einen diskriminierungsfreien Zugang zu Psychotherapie und psychiatrischer Versorgung,

die Anerkennung sozialer Ursachen psychischer Erkrankungen, den Abbau von Stigmatisierung psychischer Erkrankungen.

Psychische Gesundheit ist kein individuelles Problem, sondern eine gesellschaftliche Verantwortung.

3. Schutz vor Gewalt – körperlich, sexualisiert, psychisch, strukturell

Gewalt ist ein zentrales gesellschaftliches Problem und betrifft queere Menschen in besonderem Maße. Gewalt äußert sich nicht nur körperlich oder sexualisiert, sondern auch psychisch und strukturell.

Psychische Gewalt umfasst unter anderem:

systematische Entwertung, Kontrolle und Bedrohung, Isolation, institutionelle Missachtung, dauerhafte Unsichtbarmachung von Identität und Lebensweise.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert:

den Ausbau von Schutz- und Beratungsangeboten, insbesondere für trans Personen und FLINTA*,

eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern, queeren Schutzräumen und spezialisierten Beratungsstellen,

traumasensible Unterstützungsangebote für Menschen mit Gewalterfahrungen,

wirksame Maßnahmen gegen patriarchale, transfeindliche und queerfeindliche Gewalt,

die Anerkennung psychischer Gewalt als reale und ernstzunehmende Gewaltform.

4. Drogenpolitik: Entkriminalisierung statt Repression

Die Arbeitsgemeinschaft fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Drogenpolitik.

Kriminalisierung von Drogengebrauch erzeugt:

Angst und Unsicherheit, soziale Isolation, Ausschlüsse aus Hilfesystemen, psychische Gewalt durch staatliche Kontrolle und Stigmatisierung.

Die AG fordert:

eine entkriminalisierende und gesundheitsorientierte Drogenpolitik, den Ausbau akzeptierender Drogenarbeit, flächendeckende Harm-Reduction-Angebote, Drugchecking, Substitution und Konsumräume, niedrigschwellige Beratungsangebote.

Drogenpolitik muss Menschen schützen – nicht bestrafen.

5. Sexarbeit: Rechte, Schutz und Selbstbestimmung

Die Arbeitsgemeinschaft erkennt Sexarbeit als Arbeit an.

Sexarbeiter:innen sind häufig von:

gesellschaftlicher Stigmatisierung, rechtlicher Unsicherheit, Gewalt, psychischer Gewalt durch Kontrolle, Abwertung und institutionelle Bevormundung betroffen.

Die AG fordert:

die vollständige rechtliche, soziale und gesundheitliche Absicherung von Sexarbeiter:innen,
den Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Zwang,
die Abschaffung repressiver Sonderregelungen,
den Abbau moralischer Bevormundung.

6. HIV, STI & sexuelle Gesundheit

Die Arbeitsgemeinschaft fordert eine Politik, die sexuelle Gesundheit als gesellschaftliche Aufgabe versteht.

Stigmatisierung im Zusammenhang mit HIV und STI wirkt häufig als psychische Gewalt und führt zu:

Scham, Angst, Isolation, Vermeidung von Gesundheitsangeboten.

Die AG fordert:

flächendeckende, kostenfreie und anonyme Testangebote,
diskriminierungsfreie medizinische Versorgung,
sachliche, nicht-moralisierende Aufklärung,
den Schutz der Privatsphäre und des Datenschutzes.

Resolution

„Queerpolitik braucht Entkriminalisierung“

Queeres Leben ist Teil gesellschaftlicher Realität und zugleich in besonderem Maße von Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung betroffen. Diese Erfahrungen sind keine individuellen Einzelfälle, sondern Ausdruck struktureller Machtverhältnisse.

Kriminalisierung von Drogengebrauch, Sexarbeit sowie HIV und STI verschärft soziale Ungleichheit, verstärkt Gewaltverhältnisse und verursacht erhebliche psychische Belastungen. Sie wirkt:

stigmatisierend, gesundheitsgefährdend, sozial ausgrenzend, menschenrechtswidrig.

Repression wirkt dabei häufig als psychische Gewalt, indem sie Angst erzeugt, Handlungsspielräume einschränkt und Menschen aus Hilfesystemen verdrängt.

Die Arbeitsgemeinschaft Die Linke.queer Dessau-Roßlau fordert eine Politik, die:

Selbstbestimmung statt Kontrolle ermöglicht, Gesundheit schützt statt bestraft, Solidarität statt Ausgrenzung organisiert,

Entstigmatisierung und Entkriminalisierung ins Zentrum stellt.

Entkriminalisierung ist Voraussetzung für Gesundheit, Sicherheit, psychische Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe.